

24/4.4

VORTRAG AN DEN MINISTERRAT

BMNT-562.910/0016-VI/12/2018

Wien, am 28. Juni 2018

ZUR VERÖFFENTLICHUNG BESTIMMT

Gegenstand: Bericht über die Tagung des Rates der Europäischen Union (TTE; Verkehr, Telekommunikation und Energie; Teil Energie) in Luxemburg am 11. Juni 2018

Am 11. Juni 2018 fand ein Treffen der Energieminister der Europäischen Union in Luxemburg statt. Das Bundesministerium für Nachhaltigkeit und Tourismus war durch GS DI Josef Plank vertreten. Die Diskussion zu den wesentlichen Themen im Rat stellte sich wie folgt dar:

TOP 13 – Verordnung zur Gründung der ACER

- Annahme einer allgemeinen Ausrichtung

Der Rat stimmte dem Vorschlag des Vorsitzes (Ministerin Temenuzhka Petkova) zur Annahme einer allgemeinen Ausrichtung zur ACER Verordnung zu.

Österreich hob die Verbesserungen im Kompromisstext (Verfahrensordnung, schlankere Prozesse innerhalb der Agentur) als positiv hervor. Kritik wurde hingegen an den vorgesehenen Kompetenzen im Bereich Risikoversorge und der Entscheidungskompetenz der Agentur bei der Annahme von Methoden geübt. Hier werde man die Kohärenz mit den übrigen Dossiers im Strommarktpaket genau im Auge behalten. Das Ziel ist, diese Dossiers unter österreichischem Vorsitz abzuschließen.

TOP 14 – Sonstiges

Folgende Themen wurden unter dem Tagesordnungspunkt Sonstiges behandelt:

a) **Paket „Saubere Energie für alle Europäer“ (Governance VO, Erneuerbaren RL, Energieeffizienz RL)**

- **Information des Vorsitzes zum Sachstand**

Der Rat hat in öffentlicher Sitzung Informationen des Vorsitzes über den Stand der drei Dossiers des Pakets "Saubere Energie" zum Governance-System, zu erneuerbaren Energien und zur Energieeffizienz gehört. Kommissar Miguel Arias Cañete fasste den Verfahrensstand der drei Dossiers aus Sicht der EU-Kommission zusammen.

Die anschließenden Wortmeldungen der Mitgliedstaaten verdeutlichten die teilweise unterschiedlichen Interessenslagen. Einige Mitgliedstaaten sprachen sich für höhere Ziele, insbesondere bei den erneuerbaren Energien aus. Andere Mitgliedstaaten verwiesen hingegen darauf, dass auf die Erreichbarkeit der Ziele zu achten ist. Man müsse nationale Gegebenheiten beachten und ausreichende Flexibilität einräumen.

Österreich betonte, dass die langfristigen Klimaziele im Rahmen des Pariser Abkommens nach ambitionierten Antworten verlangen. Österreich habe sich mit der Klima- und Energiestrategie „Mission 2030“ zum Ziel gesetzt, im Jahr 2030 den Gesamtstromverbrauch zu 100% (national bilanziell) aus erneuerbaren Energiequellen im Inland zu decken. Auch soll der Anteil am Endenergieverbrauch mittelfristig auf 45% bis 50% steigen. Wichtig ist aus österreichischer Sicht daher auch ein ambitioniertes Erneuerbaren-Ziel auf EU-Ebene, vor dem jedenfalls eine „3er“ steht. Den Mitgliedstaaten soll in diesem Zusammenhang Flexibilität bei der Umsetzung eingeräumt werden.

b) **Jüngste Entwicklungen auf dem Gebiet der Außenbeziehungen im Energiebereich**

- **Information der Kommission**

Die Europäische Kommission stellte die jüngsten Entwicklungen im Bereich der externen Energiebeziehungen der Europäischen Union vor. Erwähnt wurden die Unterzeichnungen von MoUs für Strategische Energiepartnerschaften der EU mit Ägypten und der Ukraine. Die Ministertreffen der Initiativen Clean Energy Ministerial fanden am 24. Mai 2018 in Kopenhagen und der Mission Innovation am 23. Mai 2018 in Malmö statt. Kommissar Cañete verwies auf die Beziehungen mit dem Iran und auf die jüngsten Bemühungen, die auch Investitionen privater Unternehmen in erneuerbare Energien betreffen.

Einige Mitgliedstaaten gingen in ihren Wortmeldungen auf die Revision der Erdgasbinnenmarkttrichtlinie ein. Der legislative Prozess solle laut mehreren Mitgliedstaaten weitergeführt. Vorsitz sich um das Vorantreiben des Legislativdossiers bemühen. Deutschland hingegen betonte, dass eine Diskussion auf AStV-Ebene zu diesem Zeitpunkt kontraproduktiv ist. Gespräche zwischen der EU, Russland und der Ukraine müssten unbedingt weitergeführt werden. Österreich verwies darauf, dass es diesbezüglich noch einige juristische Fragen zu klären gilt, die keinesfalls vernachlässigt werden sollten.

Die Europäische Kommission erkannte die unterschiedlichen Interessenslagen der Mitgliedstaaten an. Sie wolle als ehrlicher Vermittler auftreten, bleibe jedoch weiter bei ihrem Vorschlag.

c) Arbeitsprogramm des kommenden Vorsitzes

- Information der österreichischen Delegation

Österreich stellte sein Programm für den Ratsvorsitz vor und betonte, dass es den weitreichenden Herausforderungen der Vorsitzzeit mit Spannung und Demut entgegenblicke. Ziel ist die Weiterentwicklung einer effizienten und erneuerbaren Energieunion, um den Weg für ein nachhaltiges, sicheres und wettbewerbsfähiges Energiesystem zu bereiten.

Der österreichische Vorsitz verfolge dabei folgende Schwerpunkte:

- 1) Oberste Priorität habe der Abschluss aller noch verbleibenden Dossiers aus dem Clean Energy Package. Österreich werde auf den wertvollen Ergebnissen seiner Trio-Partner Estland und Bulgarien aufbauen. Ein wichtiger Meilenstein werde das am 17. und 18. September in Linz stattfindende informelle Energieministertreffen sein.
- 2) Ein weiterer Fokus richte sich auf innovative Energietechnologien. Innovation ist ein Schlüsselfaktor zur Verwirklichung der Energieunion. Das informelle Energieministertreffen am 17. und 18. September in Linz mit dem Motto „Charge for Change“ fokussiere deshalb vor allem auf erneuerbarem Wasserstoff, auf Energiespeichertechnologien und auf die Rolle der energieintensiven Industrien für die Energiewende. Im Rahmen der High-Level Konferenz am 17. September in Linz werden innovative Technologien diskutiert und vor Ort präsentiert werden.

Auch die 11. SET Plan Konferenz am 20. und 21. November in Wien wird sich mit innovativen Energietechnologien beschäftigen.

- 3) Die dritte Achse rückt die Rolle Österreichs als internationaler Energiehub ins Zentrum. Wien ist Sitz zahlreicher internationaler Energieorganisationen, wie der United Nations Industrial Development Organisation, Sustainable Energy for All oder der Energy Community. In dieser Position möchte Österreich den Dialog über nationale und institutionelle Grenzen hinweg forcieren.

Ich stelle daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

Die Bundesministerin:

Köstinger